

Niederschrift PLBUA/X/01

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 19.11.2020 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph Bürgermeister

Die Ausschussvorsitzende

Lembeck, Guido Ausschussvorsitzender

Die Ausschussmitglieder

Deitert, Frederik
Espelkott, Tobias sachkundiger Bürger
Feldmann, Heinrich
Gövert, Hermann-Josef
Meinert, Alexander sachkundiger Bürger
Mühlenkamp, Julia
Pirkl, Günter
Weber, Winfried
Wolbert, Heinrich sachkundiger Bürger

Von der Verwaltung

Brodkorb, Anne Fachbereichsleiterin
Schlüter, Stephanie

Als Gäste zu TOP 7 ö.S:

Stegemann, Vera Vorhabenträgerin
Stegemann, Frank Vorhabenträger
Schulze-Schlichtegroll
Annette SCHMIDTplanung Architekt BDA
Schmidt-Domogalla SCHMIDTplanung Architekt BDA
Hans G.

Es fehlt entschuldigt:

Von der Verwaltung

Heitz, Marco Schriftführer

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:25 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Lembeck begrüßt die Ausschussmitglieder, die Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Herrn Eggemann von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 10. November 2020 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

1 Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin Vorlage: X/045

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/045 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Herr Marco Heitz wird zum Schriftführer und Frau Stephanie Schlüter zur stellvertretenden Schriftführerin für die Sitzungen des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2 Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern

Ausschussvorsitzender Lembeck verpflichtet die sachkundigen Bürger, Herrn Tobias Espelkott und Herrn Alexander Meinert gemäß § 67 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Verpflichtung erfolgt durch Nachsprechen folgender Verpflichtungserklärung:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werden. So wahr mir Gott helfe“.

3 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

3.1 Errichtung von Windenergieanlagen in Oberdarfeld in Darfeld- Herr Suthoff

Herr Suthoff möchte wissen, ob die Gemeinde im Rahmen der Errichtung von Windenergieanlagen die Schutzbestimmungen des Landschaftsschutzgebietes in Oberdarfeld aufheben wolle und wie die Gemeinde zu den Abständen der Windenergieanlagen zu den Ortskernen stehe.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass die Gemeinde selbst keinen Antrag auf Aufhebung des Landschaftsschutzes stelle. Dieser sei durch den Vorhabenträger beim Kreis Coesfeld gestellt worden. Die Verwaltung habe allerdings eine Sitzungsvorlage in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss und Rat eingebracht, in der vorgeschlagen worden sei, den Antrag im Verfahren positiv begleiten zu wollen. Da im

Jahre 2013 ebenfalls ein Befreiungsverfahren durchgeführt worden sei und die Verwaltung in Person des damaligen Bürgermeisters involviert gewesen sei, sehe die Verwaltung hier gleiches Recht für alle. Der Beschluss sei aber in der Sitzung des Rates am 05.11.2020 nicht gefasst worden, sondern der Sachverhalt sei wieder an den Fachausschuss zurückverwiesen worden. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss werde nun in seiner nächsten Sitzung über die Angelegenheit beraten.

Wenn sich Vorhaben komplett in den vorgeschlagenen und vom Rat gewollten, jedoch per Flächennutzungsplan nicht rechtskräftig gewordenen Konzentrationszonen befinden, könne die Verwaltung eine positive Stellungnahme zum gemeindlichen Einvernehmen abgeben. Dieses Vorgehen sei durch eine Beschusslage abgedeckt. Wenn sich das Vorhaben nicht in einer Konzentrationszone befinde, habe der Rat der Gemeinde Rosendahl ein Rückholrecht und sei vor Abgabe einer Stellungnahme zu beteiligen. Die Verwaltung könne dann erst mit Beschluss des Rates eine positive Stellungnahme abgeben.

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass derzeit auf Rosendahler Gebiet seinem Wissen nach noch eine weitere Windenergieanlage im Rahmen vom Repowering geplant sei. Der Betreiber würde zurzeit die Antragsunterlagen aufbereiten.

4 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (1. Teil)

4.1 Luftreinigung in Rosendahler Schulen - Herr Deitert

Ausschussmitglied Deitert möchte wissen, ob es aktuell Überlegungen gebe, Lüftungsgeräte in den Schulen zu installieren. Er verweist hier auf einen Bericht aus der Münsterland-Zeitung, Lokalteil Legden, und fragt, ob das auch auf Rosendahl zukommen könne. Dort habe sich jemand mit dem Thema Lüften beschäftigt und entsprechende Versuche in den Klassenräumen durchgeführt.

Bürgermeister Gottheil berichtet zu den Versuchen in Legden, dass hier eine Privatperson insgesamt zwei Mal Testungen in der Paulus van Husen-Schule durchgeführt habe.

In Rosendahl habe man sich über die Thematik auch Gedanken gemacht. Wichtig sei das regelmäßige Stoßlüften durch Öffnen der Fenster. Der Gebäudemanager, Herr Schulz, habe die Schulen gut im Blick, alle Räume in den einzelnen Schulen seien gut manuell zu lüften. Diskutiert worden sei aber auch über technische Lüftungseinrichtungen wie die Installation fest mit dem Gebäude verbundener Technik oder auch die Aufstellung von mobilen Lüftungsgeräten. Eindeutig sei aber nicht, ob die Lüftungsgeräte tatsächlich wirkungsvoll seien. Zudem sei auch bei Einsatz von mobilen Lüftungsgeräten ein regelmäßiges Stoßlüften weiterhin nötig. Die Bürgermeister des Kreises Coesfeld hätten bislang die einheitliche Meinung geäußert, dass die flächendeckende Installation der Geräte in Klassenräumen vor dem Hintergrund des nicht geklärten Wirkungsgrades und aus finanziellen Gründen kritisch gesehen werde. Einige Gemeinden hätten allerdings Testgeräte besorgt und diese aufgestellt. So solle ein Leihgerät auch testweise in der Sebastiangrundschule in einem Versammlungsraum, nicht jedoch in einem Klassenraum, vorübergehend aufgestellt werden. Zudem wolle die Verwaltung für alle Schulklassen CO₂-Ampeln beschaffen.

Bürgermeister Gottheil weist zudem darauf hin, dass es mittlerweile auch finanzielle Fördertöpfe des Bundes für feste Gebäudetechnik und des Landes NRW für mobile Endgeräte geben würde, wenn manuelles Lüften nicht ausreichend möglich sei. Die Gemeinde werde aktuell nicht erwägen, die Technik zu beschaffen. Es bliebe außerdem abzuwarten, wie sich die Schulsituation entwickle. So könne eventuell auch wieder Distanzunterricht eingeführt werden oder die Schüler/innen würden im Wech-

sel die Schulen besuchen.

Die Verwaltung habe die Schulen bereits über das Vorgehen informiert.

4.2 Benutzung der gemeindlichen Wirtschaftswege im Rahmen der Errichtung der Gasfernleitung Zeelink II im Bereich Holtwick - Herr Feldmann

Ausschussmitglied Feldmann berichtet über die Benutzung der gemeindlichen Wirtschaftswege durch die Baufahrzeuge der bauausführenden Firma der Gasfernleitung Zeelink II im Bereich Hegerort und Brock in Holtwick. Die Landwirte würden sich besorgt über den Zustand der Wirtschaftswege zeigen. Er möchte wissen, ob es Vereinbarungen über die Nutzung zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger gebe.

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass vor Beginn der Arbeiten ein Ortstermin mit der bauausführenden Firma stattgefunden habe, an dem seitens der Gemeinde der Tiefbauingenieur Wübbelt und der Bauhofleiter Aversch teilgenommen hätten. Während des Termins sei eine bestimmte Wegeführung vereinbart worden, die die Baufahrzeuge befahren dürften.

Zwischenzeitlich sei mitgeteilt worden, dass die Fahrzeuge andere als die vereinbarten Wege genommen haben. Daraufhin habe er eine deutliche E-Mail an den Bauleiter versendet. Der Bauhof habe mit vier Mitarbeitern die entsprechenden Straßen gesperrt. Den Aufwand werde man der Open Grid Europe bzw. eingesetzten Subunternehmen in Rechnung stellen.

Am Tage der Planungs-, Bau- und Umweltausschusssitzung habe der Bauhofleiter Aversch wiederum Kontrollen vor Ort gemacht. Vielfaches Befahren der nicht vereinbarten Straßen sei ausgeblieben. Eine Rückmeldung des Bauleiters auf die E-Mail stehe noch aus, der von ihm persönlich bereits unterschriebene Vertragsentwurf sei ebenfalls noch nicht zurückgekommen.

Bürgermeister Gottheil zeigt sich verärgert darüber, dass Vereinbarungen trotz Unterschrift und persönlicher Gespräche, bei denen er auch selbst zugegen war, nicht eingehalten worden seien.

4.3 Sachstandsanfrage zum Thema „Unterschutzstellungsverfahren des Objektes Darfelder Markt 21“ in Darfeld - Frau Mühlenkamp

Ausschussmitglied Mühlenkamp erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des möglichen denkmalschutzrechtlichen Unterschutzstellungsverfahrens des Objektes „Darfelder Markt 21“ in Darfeld.

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass man seitens der Verwaltung an den Kreis Coesfeld mit der Bitte um Leitung eines Moderationsgesprächs mit allen Beteiligten herangetreten sei. Nach Rücksprache mit dem Landrat des Kreises Coesfeld, Herrn Schulze Pellengahr, und dem Dezernenten, Herrn Helmich, sei vereinbart worden, eine Alternative unter dem Aspekt des Denkmalschutzes zu erarbeiten. Nach Einschätzung des Kreises und Vergleich mit ähnlichen Fällen bliebe ein Moderationsgespräch ohne Ergebnis, wenn sich keiner der Beteiligten bewegen würde. Der in Rede stehende Entwurf des möglichen Investors solle überarbeitet werden.

Seitens des gemeindlichen Bauamtes sei ein Fachmann in Sachen Denkmalschutz von einer benachbarten Kommune, kontaktiert worden. Die Gemeinde Rosendahl sei nun zunächst als Vermittler aufgetreten; nun sei der Investor am Zuge.

4.4 Praxis im Wohn- und Geschäftshaus „Am Holtkebach 1“ in Holtwick - Herr Weber

Ausschussmitglied Weber erkundigt sich, ob sich im Wohn- und Geschäftshaus „Am Holtkebach 1“ in Holtwick nun doch ein Arzt niederlassen werde.

Bürgermeister Gottheil verneint dies und entgegnet, dass es sich hierbei um eine Praxis eines Therapeuten handeln werde, jedoch nicht um eine Arztpraxis.

4.5 DHL-Packstation in Holtwick - Frau Mühlenkamp

Ausschussmitglied Mühlenkamp geht auf die neu installierte DHL-Packstation in Holtwick ein und möchte wissen, ob das Konzept auch in den anderen beiden Ortsteilen umgesetzt werden könne.

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass die Gemeindeverwaltung nicht am Konzept beteiligt worden sei. Er werde die Anfrage aber als Prüfauftrag für die Verwaltung für die Umsetzung weitere Packstationen in Osterwick und Darfeld mitnehmen.

4.6 Erdgasfernleitung Zeelink II - Herr Weber

Ausschussmitglied Weber fragt, ob bekannt sei, dass für den Bau der Erdgasfernleitung Zeelink II Subunternehmer tätig seien.

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass derzeit eine Firma aus dem Emsland tätig sei, die nach eigener Darstellung bereits einige Vorhaben für den Vorhabenträger umgesetzt habe. Wie viele Unternehmen die Open Grid Europe als sogenannte Subunternehmer beauftragt habe, könne er nicht sagen.

5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiterin Frau Brodkorb berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 28. Oktober 2020.

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

6 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO

Öffentliche Niederschriften zur formalen Abstimmung liegen noch nicht vor.

7 Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Wohngemeinschaft Oberdarfeld" im Ortsteil Darfeld gemäß § 12 Baugesetzbuch (BauGB) Beschluss zur Einleitung des Verfahrens gemäß § 12 Abs. 2 BauGB Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB Vorlage: X/037

Ausschussmitglied Mühlenkamp erklärt sich für befangen und nimmt im Zuschauer-raum Platz.

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/037 und gibt Erläuterungen. Er begrüßt die Eheleute Stegemann als Vorhabenträger und die Architekten Herrn Schmidt-Domogalla und Frau Schulze-Schlichtegroll.

Die Eheleute Stegemann stellen ihr geplantes Vorhaben in Oberdarfeld vor. Herr Stegemann berichtet, dass er bereits seit längerer Zeit etwas in der Pflege verwirklichen wolle. Durch die Heimform sei man stark eingeschränkt, sodass ihnen die Idee gekommen sei, eine Wohngemeinschaft zu gründen. Diese Wohnform sei im Kreisgebiet nicht verbreitet. Im Ruhrgebiet seien Wohngemeinschaften mit angegliederter ambulantem Pflegedienst schon mehr bekannt. Errichtet werden solle ein Gebäude mit Zimmern für 12 Bewohnern/innen. Bei der Ausrichtung der Wohngemeinschaft gehe es hauptsächlich um demente Personen. Angegliedert werden solle ein ambulanter Pflegedienst, der Pflegefachkräfte, Alltagsbegleiter und hauswirtschaftliche Kräfte beschäftigen solle. Die Menschen könnten bis zu ihrem Tod in der Wohngemeinschaft bleiben und gepflegt werden, außer sie müssten intensivmedizinisch betreut werden.

Herr Stegemann berichtet, dass er schon lange im Prozess und in der Planung des Vorhabens sei. Er habe bereits Anfragen und Rückmeldungen erhalten, dass Darfelder/innen durchaus Bedarfe nach einer Einrichtung mit dieser Wohn- und Betreuungsform bzw. Konzeption haben.

Frau Stegemann ergänzt, dass die Besonderheit darin liege, dass bei der Wohngemeinschaft die Bewohner/innen ein Mitbestimmungsrecht haben. Sie sollen sich nach Möglichkeit beispielsweise den Frühstückstisch decken, abtrocknen, Spülen und Nahrung vorbereiten.

Der ambulante Pflegedienst, dessen Geschäftsführer Herr Stegemann sein werde, werde die Wohngemeinschaft leiten. Die Nutzer hätten aber theoretisch die Möglichkeit, einen anderen Pflegedienst zu beauftragen.

Der Architekt Herr Schmidt-Domogalla präsentiert die Bauplanung anhand einer Power Point Präsentation, welcher der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt werde.

Ausschussvorsitzender Lembeck bedankt sich bei den Vorhabenträgern und dem Architekten für die anschaulichen Ausführungen.

Ausschussmitglied Espelkott bedankt sich für die Idee, eine solche Einrichtung in Darfeld zu integrieren. Da in erster Linie demente Menschen in der Wohngemeinschaft leben sollen, möchte er wissen, ob die Einrichtung und der Garten gesichert werden. Zudem interessiert ihn, ob es Partner gebe, die die Menschen pflegen, wenn sie intensiv medizinisch betreut werden müssen.

Herr Stegemann berichtet, dass das Gelände selbstverständlich zum Schutz der Bewohner/innen mit einem Zaun mit Hecke gesichert werde. Fachkräfte für Intensivmedizin könne er nicht beschäftigen, aber übliche Behandlungen nach dem Sozialgesetzbuch könnten vor Ort geleistet werden.

Ausschussmitglied Deitert befürwortet das Projekt aus Sicht der CDU-Fraktion. Er geht davon aus, dass mit den Nachbarn gesprochen worden sei.

Ausschussmitglied Meinert teilt mit, dass die SPD den Antrag ebenfalls unterstütze. Er fragt, ob die Bewohner/innen auch einen anderen Pflegedienst auswählen können.

Herr Stegemann berichtet, dass ein anderer Pflegedienst tätig werden könne. Eine 24-Stunden-Betreuung, die ein anderer Pflegedienst nicht leisten könne, müsse den

Bewohner/innen aber separat in Rechnung gestellt werden.

Ausschussmitglied Espelkott hat Nachfragen zu den einzelnen Räumlichkeiten im Gebäude und zum Brandschutz.

Herr Schmidt-Domogalla geht anhand der Pläne auf die Räumlichkeiten, das Brandschutzkonzept und die Brandabschnitte ein und gibt Erläuterungen dazu.

Ausschussmitglied Weber fragt, ob in den geplanten Aufzug ein Pflegebett passe.

Herr Stegemann verneint dies.

Ausschussmitglied Weber geht auf die Ausführungen des Architekten zum Hochwasserschutz ein und möchte wissen, ob hier das gesamte Gemeindegebiet betrachtet worden sei.

Bürgermeister Gottheil erklärt in diesem Zusammenhang, dass das Thema Hochwasserschutz im Rahmen der Flurbereinigung behandelt worden sei. Die Flurbereinigungsbehörde schaue hier beispielsweise nach Flächen für die Regenrückhaltung. Er selbst sei bei einem kürzlich von Verwaltung und Anwohnern durchgeführten Ortstermin zugegen gewesen. Herr Dr. Caesperlein habe eine Analyse erarbeitet, die aber nicht für das gesamte Gemeindegebiet gelte. Er sei zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werde. Davon unabhängig befürwortet Bürgermeister Gottheil das Projekt und erkennt den Mut der Vorhabenträger an, zukünftig als Unternehmer auftreten zu wollen. Der Pflegebedarfsplan des Kreises Coesfeld attestiere einen entsprechenden Bedarf. So sei abzusehen, dass die Kapazitäten im Altenwohnheim in Osterwick, selbst unter Berücksichtigung der neu eingerichteten Tagespflege mit 18 Plätzen, zukünftig nicht ausreichen. Er sehe die Wohngemeinschaft als gute ergänzende Pflegealternative in Rosendahl.

Auf die Nachfrage des Ausschussmitgliedes Pirkl, mit welchem Personalansatz der ambulante Pflegedienst kalkuliere, nennt Herr Stegemann, dass er mit zehn Stellen rechne. Dies seien geringfügige Stellen und Vollzeitstellen.

Ausschussmitglied Espelkott spricht sich aus Sicht der WIR-Fraktion für das Projekt aus und unterstützt das Vorhaben. Da der Bedarf da sei, werde das Vorhaben begrüßt.

Ausschussmitglied Weber teilt mit, dass auch die Grünen-Fraktion das Projekt unterstütze. Er habe noch eine Nachfrage zur Thematik Hochwasserschutz. Er möchte wissen, ob die Grundstückseigentümer beteiligt worden seien.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass bislang noch nicht alle Eigentümer angesprochen worden seien, weil es durch die Flurbereinigung noch zu einer Neuordnung der Eigentumsverhältnisse kommen könne. Für den nördlicheren Bereich habe aber ein Ortstermin mit den entsprechenden Eigentümern stattgefunden. Er sei zuversichtlich, dass Herr Dr. Caesperlein eine passable Lösung für den Bereich Oberdarfeld entwickeln werde.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Es wird gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens auf Grundlage des in Anlage II beigefügten Antrages mit Vorhabenbeschreibung und Vorhaben- und Erschließungsplan beschlossen.

Es wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch beschlossen, das Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Wohngemeinschaft Oberdarfeld“ im Ortsteil Darfeld für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. X/037 als Anlage III beigefügten Abgrenzungsbereich zu entnehmen ist, durchzuführen. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den gemäß § 12 Abs. 1 Baugesetzbuch mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Durchführungsvertrag, der unter anderem die Übernahme aller erforderlichen Aufwendungen für die Vorbereitung und Durchführung des Bauleitplanes sowie die erforderliche Erschließung regelt, vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig
(ohne Ausschussmitglied Mühlenkamp)

8 12. Änderung des Bebauungsplanes "Hiddings Esch" im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB
Eingegangene Stellungnahmen
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: X/046

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/046 und gibt Erläuterungen. Er teilt mit, dass dem Ausschuss weitere Unterlagen vorgelegt worden seien. Im Rahmen der Beteiligungsfristen seien noch Stellungnahmen eingegangen, die des Kreises Coesfeld vom 19.11.2020 sei mit Anregungen eingegangen. Hier seien nun ein Abwägungsvorschlag erarbeitet sowie die textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan per Roteintragung geändert worden. Ebenso sei der Beschlussvorschlag entsprechend angepasst worden.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Dem in Anlage I beigefügten Beschlussvorschlag wird zugestimmt. Dem vorgelegten Beschlussvorschlag zur Stellungnahme des Kreises Coesfeld vom 19.11.2020 wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage II beigefügten und nachträglich vorgelegten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken beinhalten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zum Verfahren vorgetragen wurden.

Der als Anlage III zur Sitzungsvorlage Nr. X/046 beigefügte Plan mit Roteintragung in den textlichen Festsetzungen mit Begründung zur 12. Änderung des Bebauungsplanes „Hiddings Esch“ im Ortsteil Osterwick im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 61. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von "Wohnbaufläche" im Ortsteil Osterwick
Eingegangene Stellungnahmen
Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: X/044

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/044 und gibt Erläuterungen. Er teilt mit, dass dem Ausschuss weitere Unterlagen vorgelegt worden seien. Im Rahmen der Beteiligungsfristen seien noch Stellungnahmen eingegangen, die allerdings keine Bedenken beinhalten.

Ausschussmitglied Deitert geht auf den in der Zeitung erschienenen Leserbrief von Ausschussmitglied Weber ein und kritisiert diesen. Der Leserbrief werde eine unnötige Schärfe in den Sachverhalt bringen.

Ausschussmitglied Weber macht deutlich, dass der Leserbrief ernst und eindeutig gemeint gewesen sei.

Ausschussmitglied Meinert stellt die Frage, wie im Vorfeld Diskussionen dieser Art vermieden werden könnten.

Bürgermeister Gottheil berichtet über alltägliche Situationen im Rathaus, mit persönlich angreifenden E-Mails und Telefonaten bei kleinsten Vorhaben. Oft werde das eigene Interesse über das Allgemeinwohl gestellt. Dies lasse ihn nachdenklich zurück. Trotzdem müsse man mit der gebotenen Sachlichkeit und Routine an schwierige Sachverhalte herangehen. Was Ausschussmitglied Weber zum Ausdruck gebracht habe, sei für ihn ein Stück nachvollziehbar. Man sei irgendwann mit den Argumenten am Ende und könne nicht jeden zufrieden stellen.

Ausschussmitglied Espelkott sieht, dass es in den eingegangenen Stellungnahmen und der Zeitung überwiegend um privates Interesse gehe. Er findet aber, dass die Schärfe durch eine andere Berichterstattung in der Zeitung nicht so hoch gekocht wäre. Hier verweist er auf die Bestrebungen der Erschließung eines neuen Baugebietes im Norden von Darfeld. Einige würden hier etwas verwechseln. Die Gemeinde sei nicht Eigentümer der Erweiterungsfläche des Friedhofes. Es sei zudem kein Spiel- oder Bolzplatz, sondern eine Grünfläche.

Ausschussvorsitzender Lembeck meint abschließend, dass alle sachlichen Argumente immer auf der Seite der Gemeinde gewesen seien.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag**:

Den in den Anlagen I bis V der Sitzungsvorlage Nr. X/044 beigefügten Beschlussvorschlägen, als Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die in Anlage VI beigefügten und nachträglich vorgelegten Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange weder Anregungen noch Bedenken beinhalten.

Der Planungsstand wird bestätigt.

Es wird beschlossen, den der Sitzungsvorlage Nr. X/044 in Anlage VIII beigefügten Planentwurf zur 61. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Rosendahl zur Ausweisung von „Wohnbaufläche“ im Ortsteil Osterwick mit Begründung einschließlich Umweltbericht gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10 Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2020 zur Durchführung von Maßnahmen zur Reduktion der Bodenversiegelung

Vorlage: X/048

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/048 und gibt Erläuterungen. Er macht deutlich, dass man sich im Vorfeld die Frage gestellt habe, in welche Planungs-, Bau- und Umweltausschusssitzung der Antrag eingebracht werden solle. Nach der Kommunalwahl und der Neubesetzung der Ausschüsse könne man sich nun in Ruhe damit befassen.

Ausschussmitglied Mühlenkamp erläutert für die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag.

Sachbearbeiterin Schlüter erläutert anhand einer Power Point Präsentation die grundsätzlichen Möglichkeiten, um klassische Schottervorgärten zu verhindern. Die Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage II** bei.

Ausschussmitglied Mühlenkamp fragt die Verwaltung, ob man Bäume und Pflanzen kostenlos zur Verfügung stellen könne.

Bürgermeister Gottheil teilt mit, dass das bereits der Kreis Coesfeld mit der Ausgabe von Obstbäumen mache. Er könne sich das grundsätzlich aber auch für Rosendahl vorstellen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb berichtet, dass sich Eigentümer, die ein öffentliches Beet vor ihren Grundstücken pflegen würden, die Grünbepflanzung aussuchen könnten.

Ausschussmitglied Weber stimmt mit der Aussage des Städte- und Gemeindebundes NRW e.V. überein, eher auf das Thema Aufklärung zu setzen. Er halte nichts von Verboten und Festsetzungen in Bebauungsplänen, zumal die hiesigen Böden fast nicht versickerungsfähig seien. Er geht auf einen zu bildenden möglichen Umweltausschuss oder eine Arbeitsgruppe ein. Diese Thematik sei aus seiner Sicht für eine kleinere Gruppe effektiver zu bearbeiten. Viele Grundstückseigentümer/innen hätten wenig Kenntnisse über z.B. Pflegeaufwand, Pflanzverhalten oder Jahreszyklen. Hier sei ein Informationsangebot auf der Internetseite hilfreich und besser als ein Flyer, der schnell im Hausmüll lande.

Fachbereichsleiterin Brodkorb merkt an, dass der Antrag ein guter Anlass sei, den Klimaschutzgedanken in der Gemeinde weiter zu entwickeln.

Ausschussmitglied Espelkott sieht es als schwierig an, Vorgaben im Bebauungsplan festzusetzen. Die Verwaltung könne eine Kontrolle personalmäßig nicht leisten. Besser finde er, Hilfe und Unterstützung über Flyer und Informationsmaterialien anzubieten; vielleicht auch über einen Wettbewerb, bei dem ein bestimmter Betrag auszuloben sei.

Bürgermeister Gottheil sieht die Probleme bei einer Kontrolle nicht nur bei der gemeindlichen Verwaltung, sondern auch beim Kreis Coesfeld. Man müsse überlegen, wie eine gewisse Stringenz hinein gebracht werden könne. In Bebauungsplänen könne man z.B. bereits die genaue Straßenverkehrsregelung mit Stellplätzen und Standorten von Beeten festlegen. Wer dann ein Grundstück kaufe, wisse, dass ein Beet vor seinem Grundstück angelegt werden müsse und könne bzw. müsse einen pflegerischen Part übernehmen.

Ausschussmitglied Deitert kann das Argument der Kontrolle nicht nachvollziehen. Eine festgesetzte Regel sei vorhanden, egal ob kontrolliert werde oder nicht. Man solle nicht in einen Bestand eingreifen, aber es bestehe im Moment im Rahmen der Aufstellung der aktuellen Bebauungspläne die Möglichkeit, etwas festzulegen. Ein Planer solle dazu Vorschläge machen.

Ausschussmitglied Meinert hält ebenso nicht viel von Eingriffen in den Bestand, sondern möchte eher auf Aufklärung durch Flyer und Informationsmaterialien setzen. Er habe die Hoffnung, dass sich die Bevölkerung dadurch dem Klimaschutz annähern werde, hier könne man auch einen Preis ausloben. Er sehe zudem den Bedarf einer Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema beschäftigen könne.

Ausschussvorsitzender Lembeck hält einen Arbeitskreis für sinnvoll, der an einem offenen Tisch diskutieren könne und dem Ausschuss zuarbeite.

Ausschussmitglied Pirkl spricht aus seiner Erfahrung, dass junge Familien durchaus klimabewusst denken. Daher findet er, dass man Hilfestellung geben könne, es solle grundsätzlich gefördert, statt gefordert werden.

Ausschussmitglied Meinert ergänzt, dass man ein Merkblatt zum Steuerbescheid 2021 dazu legen könne. Wenn sich dann einige Bürger/innen angesprochen fühlen, die sich Gedanken machen, hätte man schon etwas erreicht.

Fachbereichsleiterin Brodkorb weist auf einen gestellten Förderantrag mit 75% Zuschuss für eine sogenannte Fokusberatung Klimaschutz hin. Bei der Fokusberatung würden Mitarbeiter vom Büro Energielenker, Münster, mit dem Ausschuss Klimaschutzziele u.a. zu Mobilität und Energieeffizienz für Gebäude erarbeiten. Die Bürgerbeteiligung sei hier ein Muss.

Ausschussvorsitzender Lembeck fasst zusammen, dass der Antrag zur Diskussion anrege, sich dem Klimaschutz anzunähern. Die Verwaltung könne aus der Diskussion einige Prüfaufträge mitnehmen, insbesondere solle sie in der nächsten anstehenden Bauleitplanung einen Entwurf für einen Passus zur Vorgartengestaltung einfügen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Es erfolgt keine formale Beschlussfassung.

11 Mitteilungen

11.1 Errichtung einer Kindertagesstätte „Zum Wiedel“ in Osterwick; Anpassung der Baupläne aufgrund der Erhaltung der Buche - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass nach den Sitzungen, in denen beschlossen worden sei, dass der Baum in seinem Bestand erhalten bleiben solle, bereits Änderungen an den Planungen durch den Vorhabenträger bzw. Architekten vorgenommen worden seien. Das geplante Gebäude sei verschoben worden. Der Bauantrag beim Kreis Coesfeld sei gestellt worden.

11.2 Bauvorhaben „Dorfgemeinschaftshaus“ in Darfeld - Bürgermeister Gottheil

Bürgermeister Gottheil verweist auf den erteilten Förderbescheid für das Dorfgemeinschaftshaus aus dem letzten Jahr. In 2020 sei die Feinplanung mit dem Architekturbüro Bock Neuhaus Partner sowie Turo Darfeld als Hauptnutzer des Gebäudes abgestimmt worden. Kleinigkeiten seien noch nachjustiert worden. Der Bauantrag liege nun ebenfalls beim Kreis Coesfeld.

12 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

13 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO (2. Teil)

13.1 Jugendarena auf dem Sportplatz in Holtwick - Herr Weber

Ausschussmitglied Weber möchte wissen, wer der Maßnahmenträger für das Projekt „Jugendarena“ in Holtwick sei. Er habe Kontakt zum Technischen Institut Aachen, welches an einem Forschungsprojekt zum Thema „Füllstoffloser Kunstrasen“ arbeite. Der Geschäftsführer habe angedeutet, dass man noch Referenzobjekte umsetzen könne.

Bürgermeister Gottheil berichtet, dass die Gemeinde Maßnahmenträger sei. Der Bauantrag für die Jugendarena sei gestellt worden, allerdings gebe es noch Nachforderungen vom Kreis Coesfeld. Diese würden derzeit abgearbeitet. Nach Erhalt der Baugenehmigung könne der Förderantrag gestellt werden. Um Fördergelder bekommen zu können, müsse die Gemeinde nach dem in Augenschein genommenen Förderprogramm selbst Maßnahmenträger sein. Die Maßnahme werde nur vorbehaltlich eines positiven Förderbescheides umgesetzt. Sollte die Jugendarena nicht gefördert werden, könne Bürgermeister Gottheil sich eine Zusammenarbeit mit dem Technischen Institut Aachen vorstellen. Ausschussmitglied Weber solle die Kontaktdaten des Geschäftsführers des angesprochenen Institutes an die Verwaltung weitergeben.

13.2 Sachstand Flurbereinigung Darfeld, Hohlweg - Frau Mühlenkamp

Ratsmitglied Mühlenkamp fragt, ob es einen neuen Stand zum Thema Flurbereinigung bzw. Hohlweg gebe.

Bürgermeister Gottheil verneint dies. Es gebe derzeit keinen neuen Sachstand.

Guido Lembeck
Ausschussvorsitzender

Stephanie Schlüter
stellv. Schriftführerin